

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste

Europa 2007

2007 wird ein wichtiges Jahr für Europa: der Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum Jahresbeginn, 50 Jahre Römische Verträge, die geplante Berliner Erklärung, in der Errungenschaften und politische Ziele feierlich zusammengefasst werden sollen. Die politische Agenda ist umfassend und Europa sortiert sich mit komplexen Themen, die innerstaatlich nicht mehr zu bewältigen sind, neu. Die Kommission hat ihr Legislativ- und Arbeitsprogramm für 2007 vorgelegt und darin die aus ihrer Sicht strategischen Ziele und Prioritäten benannt. Deutschland wird zu Beginn der ersten Teampräsidentschaft die kommende Ratspräsidentschaft übernehmen und präsidiert ebenfalls die G-8. Die nachfolgende Zusammenschau stellt einige der Themen und Hintergründe cursorisch vor.

Deutschland wird gemeinsam mit Portugal und Slowenien die erste der künftig 18-monatigen Teampräsidentschaften übernehmen. Zu Beginn der Präsidentschaft soll ein gemeinsames Programm die geplanten Maßnahmen und Strategien vorstellen. Die Erwartungen, die an die kommende Ratspräsidentschaft gestellt werden, sind hoch gesteckt. Angesichts anstehender Wahltermine in einigen Mitgliedstaaten aber ist die zur Verfügung stehende Zeit knapp bemessen (s. Europa-Thema 54/06). Gleichwohl hat der Europäische Rat vom Juni 2006 bereits die deutsche Präsidentschaft aufgefordert, im Juni einen Bericht über die **Zukunft des Verfassungsvertrages** vorzulegen und damit rechtzeitig vor den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 und damit auch zum endenden Mandat der amtierenden Kommission die Weichen zu stellen. Die Vorschläge, die von verschiedenen Seiten unterbreitet werden, reichen von der Beibehaltung des Vertragstextes ergänzt durch ein Protokoll über einen kleinen Vertrag, der die konsensfähigen Elemente erfassen soll bis hin zur Eröffnung neuer Verhandlungen, das wohl riskanteste aller Szenarien. Unter deutscher Ratspräsidentschaft könnte vorbereitet werden, was 2008 dann unter französischer Präsidentschaft unterzeichnungsreif sein könnte.

Im EP wird im Januar aller Voraussicht nach der Vorsitzende der EVP-Fraktion das Amt des Präsidenten übernehmen. Gleich zu Beginn der Ratspräsidentschaft rückt die **Erweiterung** mit dem Beitritt von Rumänien und Bulgarien in den Blickpunkt. Die Verhandlungen mit der **Türkei** gestalten sich schwierig. Der Europäische Rat im

Dezember soll sich noch unter finnischer Präsidentschaft mit dem weiteren Fortgang der Verhandlungen befassen.

Mit **Kroatien**, das geographisch dem westlichen Balkan und damit einer Region, die besondere außenpolitische Aufmerksamkeit genießt, zugeordnet wird, werden die Verhandlungen fortgesetzt. Die Beitrittsperspektive des attraktiven Mittelmeeranrainers richtet sich – so hat es die Kommission mehrfach betont – nach dem jeweiligen Fortschritt des Kandidaten. Kroatien strebt seinen Beitritt vor den nächsten Wahlen zum EP 2009 an. Die Kommission hat neben den einzelnen Fortschrittsberichten Anfang November ihre Allgemeine Erweiterungsstrategie basierend auf einer Konsolidierung der bestehenden Verpflichtungen, der strengen Einhaltung der Beitrittskriterien und einer besseren Kommunikation zum Thema Erweiterung vorgelegt. Ebenso hat die Kommission einen Sonderbericht zur Integrationsfähigkeit der EU zur Diskussion gestellt, der eingeht auf die Funktionsfähigkeit der EU und die Auswirkungen der Erweiterung auf die Institutionen und den Haushalt der EU. Vor dem Hintergrund der auf 27 Mitgliedstaaten ausgelegten Regelungen des Vertrages von Nizza empfiehlt die Kommission institutionelle Anpassungen vor dem nächsten Beitritt. Überlegungen, diese institutionellen Anpassungen des Primärrechtes zeitlich mit der Beitrittsakte Kroatiens zu koordinieren, könnten dabei als nicht allzu fern liegend angesehen werden.

Deutschland hat in den vergangenen Wochen die Schlüsselpositionen in einer äußerst sensiblen Region, dem **Kosovo**, übernommen. Die Statusverhandlungen, an deren Ausgang

hohe Erwartungen geknüpft sind, sollen, so wird erwartet, während der deutschen Ratspräsidentschaft zum Abschluss kommen. Auf der außenpolitischen Agenda stehen weiter eine Neugestaltung der Europäischen Nachbarschaftspolitik und insbesondere die Beziehungen zu Russland und Zentralasien.

Im Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sollen zum Jahresbeginn die ersten sog. battle-groups vollständig einsatzbereit sein. Neben der Stärkung der zivil-militärischen Zusammenarbeit allgemein wird zur Stabilisierung des westlichen Balkans die vielleicht größte bisherige zivile ESVP-Mission zu koordinieren sein.

Das Thema **Einwanderung** wird sowohl hinsichtlich der von der Kommission angekündigten Initiativen zur legalen Einwanderung wie auch mit Blick auf die Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung aktuell bleiben. Die Innenminister Deutschlands und Frankreichs haben eine Initiative für eine neue Europäische Migrationspolitik vorgestellt.

Traditionell befassen sich die **Frühjahrsräte** mit den Themen der fortentwickelten Lissabon-Strategie und widmen sich intensiv der Förderung von Wachstum und Beschäftigung. Die Kommission hat bereits in ihrem Ende Oktober vorgelegten Legislativ- und Arbeitsprogramm 2007 angekündigt, bis zum Jahresende 2006 ihren jährlichen Fortschrittsbericht 2007 vorzulegen. Eine neue Binnenmarktstrategie soll dazu beitragen, Europa und damit den größten Binnenmarkt der Welt wettbewerbsfähig zu erhalten. So war etwa für den wichtigen Automobilsektor die hochrangige Expertengruppe CARS 21 (Aktueller Begriff 8/05) eingesetzt worden. Die Initiative i2010 (Europa-Thema 5/05) diente dazu, die Wachstumspotenziale im IKT-Bereich besser zu erschließen und den Rechtsrahmen zu vereinfachen. Für Telekommunikationsdienstleistungen etwa hat die Kommission Liberalisierungen angemahnt, eine Roaming-Entgelt-Verordnung soll zu sinkenden Kosten beitragen. Auch die ebenfalls von der Kommission eingesetzte Hochrangige Arbeitsgruppe Wettbewerbsfähigkeit bestehend aus Mitgliedern der Kommission, Vertretern der Mitgliedstaaten, MdEP, Vertretern aus Industrie und Zivilgesellschaft, der Gewerkschaften und akademischer Einrichtungen wird sich der Themen Wettbewerbsfähigkeit, Energie und Umwelt annehmen. In einem grundlegenden, neuen Binnenmarktbericht will die Kommission Bericht erstatten über die erreichten Ziele. 2007, so die Kommission, werden sich die Bemühungen auf die Rüstungsindustrie und -märkte, den Weissektor, zu dem eine Mitteilung bereits vorliegt, und die Auswirkungen auf die Raumfahrtspolitik konzentrieren.

Der Europäische Rat wird sich wohl auch der Folgemaßnahmen und länderspezifischen Empfehlungen annehmen. Parallel bleibt das

Konzept der **Flexicurity** als Antwort auf die Frage, in welchem Umfang sich sozialstaatliche Modelle in Europa erhalten lassen, ein wichtiges Thema. Neben eher technischen Aspekten, die den Bereich des Arbeitsrechtes betreffen und zur Förderung der erwünschten Mobilität von Arbeitnehmern beitragen (s. Europa-Thema 15/06) verbirgt sich im Gedankenaustausch auch die Frage, in welchem Umfang etwa Mindestlöhne und soziale Standards einer europarechtlichen Festlegung zugänglich sein sollen. Gleichzeitig soll die Diskussion um die soziale Kompetenz Europas die Menschen wieder näher an die EU heranführen.

Zahlreiche weitere Themen, darunter die angestrebte Verbesserung des europäischen Patentsystems und die Erarbeitung einer integrativen Meerespolitik (s. Europa-Themen 56/06 und 41/06) sind Gegenstand laufender Konsultationen. Auch im Bereich Kultur und Medien sollen Prioritäten gesetzt werden, s. Europa-Thema 57/06.

Beim informellen Gipfel im finnischen Lahti sind die Themen Energie, Innovation und Migration beraten worden. Das vor dem Hintergrund der Abhängigkeit der EU von Energieeinfuhren, einer angespannten Versorgungslage bei den fossilen Brennstoffen und dem sich abzeichnenden Klimawandel alles überlagernde Thema **Energie** in seinen innen- und außenpolitischen Facetten wird Schwerpunktthema der Ratspräsidentschaft werden. Für das Frühjahr 2007 ist die Unterzeichnung einer **Energiecharta** geplant. Im Aktionsprogramm Energie, das voraussichtlich vom Frühjahrsgipfel 2007 verabschiedet werden wird und zu dessen Vorbereitung die Kommission ein Maßnahmenpaket erarbeiten soll, sollen Ansätze einer gemeinsamen Energiepolitik, Fragen der Energieeffizienz bis hin zur Stärkung der Energieforschung Platz finden. Zum Thema Energieeffizienz hat die Kommission am 24. Oktober ihren **Aktionsplan** „das ganze Potenzial ausschöpfen“ vorgelegt. Verbesserte Energieeffizienz zur sicheren Energieversorgung bei gleichzeitig verringerten Kohlenstoffemissionen könne auch die Entwicklung eines zukunftsorientierten Marktes für energieeffiziente Produkte und Technologien fördern. Ein für Deutschland wirtschaftlich besonders attraktives Feld. Auch im Rahmen der G 8, ebenfalls von Deutschland präsiert, ist Energieeffizienz ein wichtiges Thema.

Bis 2020 soll ein Einsparpotenzial von 20 % des jährlichen Primärenergieverbrauches (entspricht 390 MTÖ) realisiert werden, gepaart mit einem Rückgang der Kohlendioxidemissionen um 780 Mio. t. CO₂ und damit um mehr als das Doppelte der Verringerung, zu der sich die EU im Kyoto-Protokoll bis 2012 verpflichtet hatte, so die Kommission. Durch die Primärenergieeinsparungen (die Kommission schätzt das Einsparpotenzial etwa für Haushalte auf 27 %, bei Geschäftsgebäuden gar auf 30 % und im Bereich Verkehr auf 26 %) werde der Investitionszusatzaufwand für

innovative Technologien mehr als aufgewogen. Die im Aktionsplan vorgesehenen Strategien und Maßnahmen berücksichtigen die Ergebnisse der Anhörung zum Grünbuch Energieeffizienz und würden von den am Konsultationsprozess beteiligten Kreisen ausdrücklich unterstützt. Auch zweckmäßige Preissignale und veränderte Finanzierungsinstrumente, die finanzielle Anreize schaffen, könnten zu einer verbesserten Energieeffizienz beitragen. 2007 soll, so kündigt die Kommission an, ein Energie-Technologie-Strategieplan verabschiedet werden. Für 2009 sieht die Kommission eine Halbzeitüberprüfung des Aktionsplanes vor.

Der gemeinschaftsrechtliche Rahmen umfasst die Öko-Design-Richtlinie sowie die Energy-Starverordnung, die Kennzeichnungsrichtlinie (mit Umsetzungsrichtlinien), die Richtlinie zur Endenergieeffizienz und zu Energiedienstleistungen sowie die Richtlinie der Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden. Zu den von der Kommission vorgeschlagenen vorrangigen Maßnahmen zählen Mindestnormen für die Energieeffizienz und Kennzeichnung von Geräten und Anlagen, Energieeffizienzanforderungen an Gebäude, Steigerung der Effizienz von Stromerzeugung und -verteilung. Die Ziele deutscher Energiepolitik: Umweltverträglichkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit könnten wohl Leitlinien auch der europäischen Energiepolitik sein.

Zum Thema Bessere Rechtsetzung, für das der deutsche Kommissar Verheugen verantwortlich ist, hatte die Kommission zuletzt im Legislativ- und Arbeitsprogramm über 40 Vereinfachungsinitiativen und die Rücknahme von 10 Rechtsvor-

schlägen angekündigt. In einem am 14. November vorgelegten Arbeitsdokument (KOM 2006/690 endg.) berichtet sie über die Fortschritte seit Beginn der Arbeiten im Oktober 2005 und zieht eine positive Bilanz: Anfang 2007 will die Kommission einen Aktionsplan zur Messbarkeit von Verwaltungslasten und zu Kostensenkungen infolge Rechtsvereinfachung vorgelegen. Unter den derzeit noch anhängigen Vorlagen sind die Überarbeitung der Sechsten Mehrwertsteuer-Richtlinie, die Modernisierung des Zollkodexes, die Vereinfachung des Typengenehmigungssystems für KFZ, Erleichterungen bei strukturellen Unternehmensstatistiken. Auch im verstärkten Einsatz von Koregulierung und Selbstregulierung sieht die Kommission eine Möglichkeit, gesetzgeberisches Handeln beschränken zu können. So hätten die Sozialpartner die Möglichkeit, verbindliche Vereinbarungen zu schließen, was auch im Einklang stehe mit der Förderung der sozialen Verantwortung der Unternehmen (sog. CSR-Verfahren). Trotz guter Ansätze fordert die Kommission die Mitgliedstaaten auf, einzelstaatliche Gesetze anzupassen und das sog. *gold-plating*, ein Übererfüllen gemeinschaftsrechtlicher Vorgaben im ordnungspolitischen Umfeld, zu vermeiden. Bessere Rechtsetzung hat Eingang gefunden in die Nationalen Reformprogramme, die die Mitgliedstaaten im Zuge ihrer Berichtspflichten zur Umsetzung der Lissabon-Ziele vorzulegen haben und mit denen sich der Frühjahrsgipfel befassen wird.

Quellen:

- Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Legislativ- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2007, KOM(2006) 629 endg., vom 24. Oktober 2006
- Gloser, Günter, Energiepolitik für Europa – ein Schwerpunkt der deutschen Ratspräsidentschaft, in: Integration, 4/06, Oktober 2006, S. 315-318.
- Arbeitsdokument der Kommission Erster Fortschrittsbericht über die Strategie für die Vereinfachung des ordnungspolitischen Umfelds, KOM(2006) 690 endgültig

Heike Baddenhausen, Fachbereich WD 11 – Europa, Tel.: (030) 227-33614,
E-mail: vorzimmer.wd11@bundestag.de